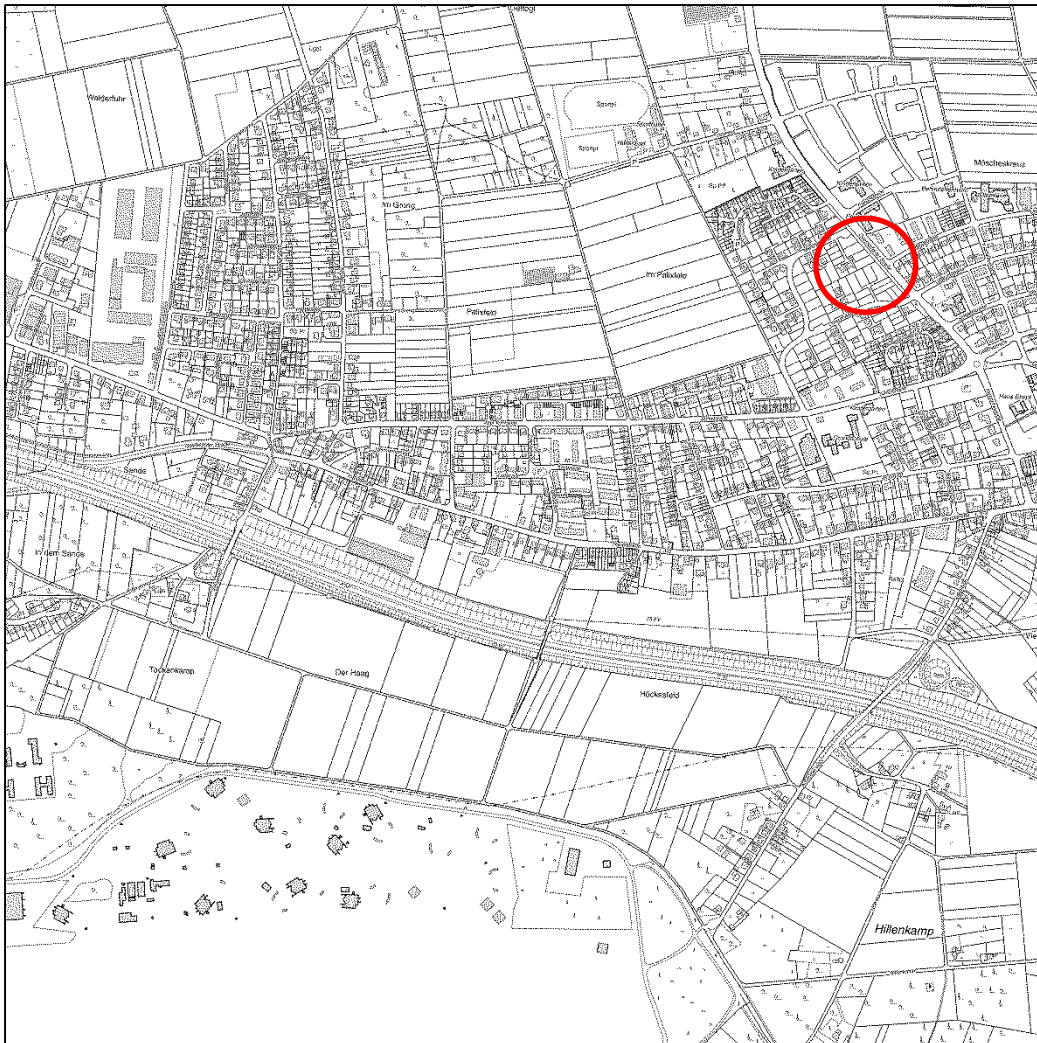


GEMEINDE NIEDERKRÜCHTEN

Kreis Viersen

Regierungsbezirk Düsseldorf

Begründung zur 4. Änderung des Bebauungsplans Elm-110 „Malerviertel“



Inhalt

1	Planungsziele und Erfordernis der Planaufstellung	3
2	Räumlicher Geltungsbereich	4
3	Örtliche Verhältnisse	4
3.1	Städtebauliche Situation	4
3.2	Verkehr.....	4
3.3	Technische Infrastruktur	4
3.4	Topografische Verhältnisse	5
3.5	Bergbau	5
3.6	Wasserschutzzonen	5
3.7	Hochwasserschutz.....	5
3.8	Erdbeben	7
3.9	Baugrund	7
4	Übergeordnete Planungen/vorhandenes Planungsrecht	8
4.1	Regionalplan.....	8
4.2	Flächennutzungsplan	8
4.3	Bebauungspläne	8
5	Verfahren	8
6	Auswirkungen der Planung	9
6.1	Bauliche Dichte	9
6.2	Artenschutz	10
6.3	Grenzüberschreitende Auswirkungen	10
7	Planungsrechtliche Festsetzungen	10
7.1	Maß der baulichen Nutzung	10
7.2	Überbaubare Grundstücksflächen	13
8	Kennzeichnung	13
8.1	Fläche, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen erforderlich sind	13
8.2	Flächen, unter denen der Bergbau umgeht	14
9	Belange der Umweltschutzgüter	14
10	Verweis auf die 2. und 3. Änderung des Bebauungsplans Elm-110 „Malerviertel“	14
11	Sonstige Hinweise	15
11.1	Erdbebenzone.....	15
11.2	Einsehbarkeit von Vorschriften.....	15
11.3	Artenschutz	15

1 Planungsziele und Erfordernis der Planaufstellung

Im Norden des Ortsteils Elmpt der Gemeinde Niederkrüchten befindet sich das sog. Malerviertel. Dieses wurde im Bereich des früheren Wohnquartiers Angehöriger der britischen Rheinarmee entwickelt. Inzwischen sind die Grundstücke komplett vermarktet und bebaut. Im Gegensatz zu den freistehenden Einfamilienhäusern im übrigen Malerviertel liegen innerhalb des räumlichen Geltungsbereichs der vorliegenden 4. Änderung des Bebauungsplans barrierefreie Eigenheime für Senioren in Form von Bungalows mit kleinen Gärten, die in der jüngeren Vergangenheit auf der Grundlage des Bebauungsplanes Elm-110 „Malerviertel“, 2. und 3. Änderung errichtet wurden. In dem Seniorenquartier soll eine Selbstbestimmtheit im Alter weiterhin ermöglicht werden, wofür sich die Lage im Malerviertel insbesondere anbietet. Hier sind eine Nähe zum Ortszentrum und zu den Infrastruktureinrichtungen in Elmpt sowie eine Anbindung an die Erholungsräume gleichermaßen gegeben. Weiterhin liegt das Wohnquartier für Senioren nicht isoliert, sondern ist eingebunden in die lebendige Struktur des Malerviertels als Familienquartier.

Da die Bewohner aufgrund ihres Alters häufig mobilitätseingeschränkt sind, sind sie auf befestigte Terrassen und Zuwegungen angewiesen, damit sie sich im Umfeld ihrer Eigenheime sicher bewegen können. Gleichzeitig sind sie aufgrund körperlicher Einschränkungen zumeist nicht in der Lage, große Gartenbereiche zu pflegen, sodass eine geringe Grundstücksgröße ihren Wohnbedürfnissen entspricht. Zudem beanspruchen die zwecks Barrierefreiheit eingeschossig angelegten Bungalows eine größere Grundfläche als vergleichbare Eigenheime für Familien, in denen der benötigte Wohnraum auf mehrere Etagen verteilt werden kann. Daraus ergibt sich, bedingt durch die spezifischen Ansprüche der Bewohner, ein starker Versiegelungsgrad aufgrund der Bebauung mit seniorengerechten Bungalows. Somit kommt es im Bestand zu einem höheren Versiegelungsgrad auf den einzelnen Grundstücken als derzeit zulässig. Der räumliche Geltungsbereich der vorliegenden 4. Änderung des Bebauungsplans umfasst den räumlichen Geltungsbereich der 2. bzw. 3. Änderung des Bebauungsplans Elm-110 „Malerviertel“. Darin wird für den Bereich der vorhandenen Seniorenbungalows eine Grundflächenzahl von 0,4 festgesetzt. Um eine Zulässigkeit der Bebauung zu erreichen, ist jedoch eine Grundflächenzahl von 0,6 notwendig.

Der Erhalt des seniorengerechten Wohnraums im Malerviertel stellt ein Ziel der Bauleitplanung der Gemeinde Niederkrüchten dar. Insofern ist der Bebauungsplan Elm-110 „Malerviertel“ in seiner 2. und 3. Änderung zur Umsetzung der Planungsziele durch eine 4. Änderung anzupassen. Die vorhandene Bebauung soll damit planungsrechtlich abgesichert werden.

Im Rahmen der 4. Änderung erfolgt die erforderliche Änderung der planungsrechtlichen Festsetzungen durch einzelne textliche Änderungen der bestehenden Festsetzungen zur Grundflächenzahl und zum Maß der Überschreitung der überbaubaren Grundstückflächen durch eingeschossige Wintergärten und Terrassenüberdachungen. Die Änderungen sind zur Umsetzung des Planungsziels der planungsrechtlichen Sicherung des Seniorenquartiers erforderlich. Alle übrigen zeichnerischen und textlichen Festsetzungen der 2. und 3. Änderung des Bebauungsplanes sind nicht Gegenstand der 4. Änderung und behalten ihre Rechtskraft.

2 Räumlicher Geltungsbereich

Der Änderungsbereich befindet sich im Ortsteil Elmpt in fußläufiger Entfernung zum Zentrum und zum Rathaus der Gemeinde Niederkrüchten. Er umfasst mit Wohnbebauung in Form von Bungalows genutzte Grundstücke sowie deren öffentliche Erschließung im sog. Malerviertel.

Der räumliche Geltungsbereich der Änderung des Bebauungsplans wird wie folgt begrenzt:

- Im Norden durch die Menzelstraße
- Im Osten durch einen straßenbegleitenden Grünstreifen entlang der Overhetfelder Straße
- Im Süden durch die Dürerstraße
- Im Westen durch private Baugrundstücke am Martin-Schongauer-Weg und am Hans-Holbein-Weg

Der räumliche Geltungsbereich der Änderung des Bebauungsplans hat eine Größe von ca. 0,9 ha. Er ist im Übersichtsplan der 4. Änderung durch die entsprechende Signatur dargestellt.

3 Örtliche Verhältnisse

3.1 Städtebauliche Situation

Das Plangebiet ist mit Doppel- und Reihenhäusern in Form von eingeschossigen Bungalows bebaut. Die Gebäude sind in Gänze bezogen. Die Verkehrsanlagen sind abschließend hergestellt.

In der Umgebung befinden sich nahezu ausschließlich freistehende Einfamilienhäuser sowie vereinzelte Mehrfamilienhausbebauung mit Zeilenbauten. Im weiteren Verlauf schließen sich im Norden und Westen der freie Landschaftsraum mit landwirtschaftlichen Nutzflächen, im Osten und Süden die Siedlungsbebauung des Ortsteils Elmpt an.

3.2 Verkehr

Das Plangebiet ist über die auf die Overhetfelder Straße (K 35) führende Dürer- bzw. Menzelstraße an das Zentrum des Ortsteils Elmpt und das überörtliche Erschließungsnetz angebunden. Die innere Erschließung erfolgt über den Hans-Holbein-Weg im Norden sowie den Stefan-Lochner-Weg im Süden. Diese sind als reine Anliegerwege hergestellt.

3.3 Technische Infrastruktur

In den vorhandenen Straßen im Plangebiet befindet sich die notwendige Ver- und Entsorgungsinfrastruktur. Die Erschließung erfolgt über die vorhandenen Leitungen.

Insbesondere erfolgt eine Beseitigung des Abwassers über die bestehende Mischwasserkanalisation in den Straßen „Hans-Holbein-Weg“ und „Stefan-Lochner-

Weg“. Diese verfügt auch über ausreichende Kapazitäten, um ein erhöhtes Niederschlagswasseraufkommen bei einem höheren Befestigungsgrad im räumlichen Geltungsbereich der Änderung des Bebauungsplans aufzunehmen.

3.4 Topografische Verhältnisse

Das Plangebiet liegt auf einem mittleren Höhenniveau von ca. 68 m. ü. NHN. Er ist insgesamt überwiegend eben mit einem leichten Nord-Süd-Gefälle.

3.5 Bergbau

Das Plangebiet befindet sich über dem auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld Sophia-Jacoba B sowie dem auf Braunkohle verliehenen Bergwerksfeld Hillenkamp 2.

Eigentümerin des Bergwerksfeldes Sophia-Jacoba B ist der Niederländische Staat, vertreten durch Ministerie van Economische Zaken en Klimaat, Beuidenhoutseweg 73 in 2594 AC Den Haag, Niederlande. Das Bergwerksfeld Hillenkamp 2 befindet sich im Eigentum der RV Rheinbraun Handel und Dienstleistungen GmbH, hier vertreten durch die RWE Power AG, Abt. Liegenschaften und Umsiedlung, Stüttgenweg 2, 50935 Köln.

Für den untertägigen Bergbau erfolgt gemäß § 9 Abs. 5 Nr. 2 BauGB eine entsprechende Kennzeichnung im Bebauungsplan.

3.6 Wasserschutzzonen

Auf der Grundlage wasserrechtlicher Vorschriften (§ 19 Wasserhaushaltsgesetz i. V. m. § 14 Landeswassergesetz) können Wasserschutzzonen durch ordnungsbehördliche Verordnung festgesetzt werden. Entsprechende Festsetzungen von Wasserschutzzonen liegen für das Plangebiet nicht vor.

3.7 Hochwasserschutz

Nach § 9 Abs. 6 Nr. 12 BauGB sind bei der Aufstellung von Bauleitplänen in Risikogebieten die Belange des Hochwasserschutzes und der Hochwasservorsorge, insbesondere die Vermeidung und Verringerung von Hochwasserschäden, zu berücksichtigen. In der bauleitplanerischen Abwägung (§ 1 Abs. 7 BauGB) ist demzufolge insbesondere der Schutz von Leben und Gesundheit sowie die Vermeidung erheblicher Sachschäden zu betrachten.

Der Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz (BRPH) präzisiert bundeseinheitlich die Prüfungsanforderungen und hat Ziele definiert, die je nach Lage und Art der Planung in die Betrachtung einzubeziehen sind. Der Plan ist als Anlage der Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen länderübergreifenden Hochwasserschutz (BRPHV) beigefügt.

Nach dem Ziel I.1.1 BRPH sind als riskobasierter Ansatz im Bereich der Siedlungsentwicklung die Risiken von Hochwassern nach Maßgabe der bei öffentlichen Stellen verfügbaren Daten zu prüfen; dies betrifft neben der Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Hochwasserereignisses und seinem räumlichen Ausmaß auch die

Wassertiefe und die Fließgeschwindigkeit. Ferner sind die unterschiedlichen Empfindlichkeiten und Schutzwürdigkeiten der einzelnen Raumnutzungen und Raumfunktionen in die Prüfung der Hochwasserrisiken einzubeziehen.

Der Geltungsbereich der Bebauungsplanänderung wird im aktuellen Bestand durch Wohnnutzungen geprägt. Diese Nutzung ist auch zukünftig beabsichtigt. Entsprechend sind mögliche Risiken für diese Nutzungen grundsätzlich zu berücksichtigen.

Nach der Hochwassergefahrenkarte (<https://www.flussgebiete.nrw.de/hochwassergefahrenkarten-und-hochwasserrisikokarten-8406>) für das Szenario, Hochwasser-niedrige Wahrscheinlichkeit (= HQextrem) ist eine Betroffenheit des Plangebietes nicht gegeben. Das Szenario mittlere (= HQ100) und häufige (=HQhäufig) Wahrscheinlichkeit wird in den Kartenwerken ebenfalls nicht nachgewiesen. Für die Gemeinde Niederkrüchten werden daher nach der Hochwasserrisikomanagementplanung NRW auch keine Maßnahmen aufgeführt, da sie nicht von Überflutungen aus Risikogewässern betroffen ist (Kommunensteckbrief Niederkrüchten, Stand Dezember 2021).

Darüber hinaus sind Überschwemmungsgebiete gem. § 76 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) zu berücksichtigen. Es ist festzustellen, dass der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes nicht von einem durch die Bezirksregierung Düsseldorf festgesetzten Überschwemmungsgebiet i. S. d. § 76 WHG betroffen ist.

Neben den festgesetzten Überschwemmungsgebieten sind ferner gem. § 9 Abs. 6a BauGB Risikogebiete außerhalb von Überschwemmungsgebieten i. S. d. § 78b Abs. 1 WHG sowie Hochwasserentstehungsgebiete i. S. d. § 78d Abs. 1 WHG nachrichtlich zu übernehmen. Maßgeblich sind dabei die Darstellungen in den Hochwassergefahrenkarten gem. § 74 Abs. 2 WHG und hier die jeweiligen Gebiete, die bei einem seltenen bzw. extremen Hochwasser (HQextrem) überschwemmt werden und nicht als Überschwemmungsgebiete gem. § 76 Abs. 2 oder 3 WHG gelten. Es kann sich dabei aber auch um Gebiete handeln, die bei Versagen von Hochwasserschutzanlagen auch bereits bei einem häufigen oder mittleren Hochwasser überflutet werden. In den Hochwassergefahrenkarten sind, wie oben ausgeführt, keine entsprechenden Eintragungen nachgewiesen.

Unter Ziel I.1.1 des BRHP ist ferner eine Betroffenheit bei Starkregenereignissen zu prüfen. Hinweise könnten sich aus der Starkregenhinweiskarte für das Land Nordrhein-Westfalen ergeben (http://www.geoportal.de/map.html?map=tk_04-starkregengefahrenhinweise-nrw). Die Starkregengefahrenkarte des Landes Nordrhein-Westfalen bietet einen Überblick über Bereiche möglicher Auswirkungen durch Starkregenereignisse. Sie dient dazu, wertvolle Hinweise zu erhalten. Gleichwohl liegt keine Detailtiefe vor, die eine Risikobewertung oder gar Handlungsempfehlungen ermöglicht. So sind z.B. keine Kanalbestandsdaten in das Landesportal integriert. Daher erarbeitet der Schwalmverband aktuell für die Gemeinde Niederkrüchten ein Starkregenrisikomanagement, welches die o.a. Aspekte vereint.

Innerhalb des Geltungsbereiches sind bei seltenen und extremen Starkregenereignissen Fließgeschwindigkeiten am Rand des nord-westlichen Planbereiches von 0,2 bis 0,5 m/s entlang des Straßenverlaufs der Menzelstraße dargestellt.

Im Plangebiet sind einige wenige Flächen dokumentiert mit seltenen und extremen Starkregenereignissen potenzielle Wasserhöhen von 0,1 bis 0,5 m. Im nördlichen Planbereich sind wenige Stellen Wasserhöhen von 0,5 bis 1,0 m dokumentiert. Nach der Starkregenhinweiskarte ist von einer Wasserhöhe von max. 0,6 m auszugehen.

Die Plangebietsstruktur weist ein leichtes Nord-Süd-Gefälle auf. Dies bietet einen Erklärungsansatz für die potenziellen Fließgeschwindigkeiten entlang der Menzelstraße. Der bauliche Bestand ist geprägt durch eine vorhandene Einzel- oder Doppelhaushausbebauung in Form von eingeschossigen Bungalows mit einem entsprechenden Versiegelungsgrad. Wasseransammlungen werden bereits heute durch die vorhandene Mischwasserkanalisation aufgenommen. Das Gebiet wurde von 2013 bis 2015 von einem Projektträger entwickelt. Störungen bei der Niederschlagswasserbeseitigung sind nicht bekannt und auch durch diese Planung nicht zu erwarten.

Unter Ziel I.2.1 werden die Auswirkungen des Klimawandels auf Hochwasser und Starkregen in die Prüfung einbezogen. Aufgrund der Bestandssituation und der relativ kleinräumigen Erhöhung der Grundflächenzahl sind keine negativen Folgen zu erwarten.

Das Ziel II.1.3 des Raumordnungsplanes behandelt die Schutzwürdigkeit von Böden und hier im Sinne des Hochwasserschutzes Böden mit großem Wasserrückhaltevermögen. Aufgrund der vorliegenden Überplanung im innerörtlichen Bestand liegt keine weitere Beeinträchtigung von Böden vor.

Unter Beachtung des Bundesraumordnungsplanes Hochwasserschutz kann diese Bebauungsplanänderung erfolgen.

3.8 Erdbeben

Das Plangebiet befindet sich in der Erdbebenzone 1 sowie der Untergrundklasse S gemäß der Karte der Erdbebenzone und geologischen Untergrundklassen der Bundesrepublik Deutschland im Maßstab 1:350.000, Bundesland Nordrhein-Westfalen (Juni 2006), Karte zu DIN 4149, Fassung April 2005.

Im Hinblick auf die weitere Planung, insbesondere die Statik der Gebäude, wird auf die DIN 4149 „Bauten in deutschen Erdbebengebieten – Lastannahmen, Bemessung und Ausführung“ des Deutschen Instituts für Normung e. V., Berlin (Hrsg.) verwiesen. Die DIN 4149 ist in der „Liste der Technischen Baubestimmungen (Anlage zum RdErl. d. MBV v. 08.11.2006) gelistet und damit allgemein eingeführt. Ein entsprechender Hinweis zur Erdbebenzone wurde in die Änderung des Bebauungsplans aufgenommen.

3.9 Baugrund

Die Bodenkarte des Landes Nordrhein-Westfalen, Blatt L4702, weist für das Plangebiet Böden aus, die humoses Bodenmaterial enthalten. Humose Böden sind

empfindlich gegen Bodendruck und im Allgemeinen kaum tragfähig. Erfahrungsgemäß wechseln die Bodenschichten auf kurzer Distanz in ihrer Verbreitung und Mächtigkeit, sodass selbst bei einer gleichmäßigen Belastung diese Böden mit unterschiedlichen Setzungen reagieren können.

Der räumliche Geltungsbereich der Änderung des Bebauungsplans wird daher wegen der Baugrundverhältnisse gem. § 9 Abs. 5 Nr. 1 BauGB als Fläche gekennzeichnet, bei deren Bebauung ggf. besondere bauliche Maßnahmen, insbesondere im Gründungsbereich, erforderlich sind. Hier sind die Bauvorschriften der DIN 1054 „Baugrund-Sicherheitsnachweise im Erd- und Grundbau“ und der DIN 18 196 „Erd- und Grundbau; Bodenklassifikation für bautechnische Zwecke“ sowie die Bestimmungen der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen zu beachten.

4 Übergeordnete Planungen/vorhandenes Planungsrecht

4.1 Regionalplan

Der rechtskräftige Regionalplan (Regionalplan Düsseldorf – RPD) stellt den räumlichen Geltungsbereich der Änderung des Bebauungsplans als Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) dar. Somit ist ein Standort für Wohnnutzungen mit Seniorenbungalows aus dem Regionalplan abzuleiten.

4.2 Flächennutzungsplan

Der rechtswirksame Flächennutzungsplan der Gemeinde Niederkrüchten aus dem Jahr 1981 stellt den räumlichen Geltungsbereich der Änderung des Bebauungsplans als Wohnbaufläche dar. Der Bebauungsplan gilt daher als aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

4.3 Bebauungspläne

Der räumliche Geltungsbereich der Änderung des Bebauungsplans liegt im räumlichen Geltungsbereich des seit dem Jahr 2005 rechtskräftigen Bebauungsplans Elm-110 „Malerviertel“ in der Fassung der seit dem Jahr 2013 rechtskräftigen 2. bzw. der seit dem Jahr 2015 rechtskräftigen 3. Änderung. Dieser setzt ein allgemeines Wohngebiet mit einer Grundflächenzahl von 0,4, maximal einem Vollgeschoss und offener Bauweise fest. Die überbaubaren Grundstücksflächen verlaufen orthogonal zu den Straßenverkehrsflächen und teilweise mit Vor- und Rücksprüngen. Die Gebäude sind auf Grundlage dieser Festsetzungen errichtet worden. Die festgesetzten Straßenverkehrsflächen entsprechen dem Bestand.

5 Verfahren

Der vorliegende Bebauungsplan wird gem. § 13a BauGB und den danach geltenden Verfahrensvorschriften als „Bebauungsplan der Innenentwicklung“ im beschleunigten Verfahren aufgestellt. Bebauungspläne der Innenentwicklung dienen

der Wiedernutzbarmachung von Flächen, der Nachverdichtung oder anderen Maßnahmen zur Innenentwicklung. Sie können aufgestellt werden, wenn bestimmte Voraussetzungen im Plangebiet vorliegen. Bei ihrer Aufstellung kann gegenüber dem Vollverfahren von Verfahrenserleichterungen Gebrauch gemacht werden.

Mit der Änderung des Bebauungsplans wird die städtebauliche Dichte im Plangebiet bestands- und bedarfsgerecht gesteuert. Das Plangebiet ist weitgehend von bebauten Grundstücken umgeben und selbst ebenfalls in Gänze bebaut und erschlossen.

Es handelt sich dementsprechend um eine Maßnahme der Innenentwicklung. Die Planung begründet darüber hinaus keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung, es liegen keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung von FFH-Gebieten und von Vogelschutzgebieten vor. Damit liegen die Grundvoraussetzungen für die Anwendung des § 13a BauGB vor.

Der räumliche Geltungsbereich der Änderung des Bebauungsplans umfasst eine Fläche von insgesamt ca. 9.000 m². Die Grundfläche ist gem. § 19 Abs. 2 BauNVO der Anteil des Baugrundstücks, welcher von baulichen Anlagen überdeckt werden darf. Die überbaubare Grundfläche im Plangebiet liegt damit unter der Schwelle von 20.000 m².

Damit liegen die Voraussetzungen zur Anwendung des § 13a BauGB vor. Von der der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung kann somit abgesehen werden. Die Durchführung einer formalen Umweltprüfung ist entbehrlich. Die ökologische Eingriffsregelung kommt nicht zur Anwendung.

6 Auswirkungen der Planung

Bei der städtebaulichen Planung handelt es sich um eine Maßnahme der Innenentwicklung. Sie ist insofern positiv zu bewerten als sie eine Sicherung vorhandener Wohnnutzungen innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteils ermöglicht. Dadurch wird die bestehende Infrastruktur im Ortsteil Elmpt effizient in Anspruch genommen und gesichert. Gleichzeitig erfolgt ein sparsamer Umgang mit Grund und Boden, da die städtebauliche Planung nicht im Außenbereich realisiert werden muss, was mit einem Verlust an Freiraum einherginge.

Wesentliche Beeinträchtigungen der Umweltschutzgüter sind in Verbindung mit den planungsrechtlichen Festsetzungen der Änderung des Bebauungsplans nicht zu erwarten.

6.1 Bauliche Dichte

Mit den Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzungen und dem Maß der Überschreitung der überbaubaren Grundstücksfläche für Wintergärten und Terrassenüberdachungen wird die bestehende Situation planungsrechtlich bestätigt. Der damit gegenüber den ursprünglichen Festsetzungen verbundene höhere Versiegelungsgrad kann zwar zu grundstücksbezogenen Beeinträchtigungen der Bodenfunktionen und einer verminderten Grundwasserneubildung führen, diese sind aufgrund der kleinräumigen Anpassung aber nicht wesentlich. Sie ist auch zunehmen,

weil das Ziel der Entwicklung und Sicherung des seniorenrechtlichen Wohnraums in dem Seniorenquartiers im Malerviertel in Elmpt ein höheres Gewicht zugesprochen wird. Auswirkungen auf gesunde Wohnverhältnisse sind damit ebenfalls nicht verbunden. Auf die Ausführungen in Kap. 7 wird verwiesen.

6.2 Artenschutz

Da die städtebauliche Planung keine baulichen oder Nutzungsänderungen vorsieht und somit keine Betroffenheit planungsrelevanter Arten zu erwarten ist, erscheint eine artenschutzrechtliche Vorprüfung, Stufe 1 – Screening nicht notwendig. Dennoch ist hinsichtlich zukünftiger baulicher Änderungen bei der Baufeldräumung die gesetzliche Schonzeit zu beachten. Ein entsprechender Hinweis zum Artenschutz wurde in die Änderung des Bebauungsplans aufgenommen.

6.3 Grenzüberschreitende Auswirkungen

Die Planung zielt auf den Erhalt des im Malerviertel im Ortsteil Elmpt bestehenden seniorenrechtlichen Wohnraums ab. Erhebliche Auswirkungen gem. § 4a Abs. 5 Satz 1 BauGB und erhebliche Umweltauswirkungen gem. § 4a Abs. 5 Satz 2 BauGB auf den Nachbarstaat Königreich der Niederlande sind nicht erkennbar. Eine grenzüberschreitende Beteiligung ist mithin nicht erforderlich.

7 Planungsrechtliche Festsetzungen

7.1 Maß der baulichen Nutzung

Hinsichtlich des Maßes der baulichen Nutzung werden Festsetzungen zur Grundfläche getroffen. Diese Festsetzungen stellen sicher, dass die städtebaulichen Planungsziele mit der gebotenen Flexibilität umgesetzt werden können.

Als Grundflächenzahl wird ein Wert von 0,6 festgesetzt. Damit wird der Wert gegenüber der derzeit rechtskräftigen Festsetzung in der 2. und 3. Änderung des Bebauungsplans Elm-110 „Malerviertel“ erhöht. Er liegt folglich über der gem. § 17 Abs. 1 BauNVO zulässigen Obergrenze für allgemeine Wohngebiete. Die Überschreitung muss gem. § 17 Abs. 2 Satz 1 BauNVO durch städtebauliche Gründe gerechtfertigt sein. Diese bestehen in der Zielsetzung des Erhalts des vorhandenen seniorenrechtlichen Wohnraums im räumlichen Geltungsbereich der Änderung des Bebauungsplans.

Bereits der Bebauungsplan Elm-110 „Malerviertel“, 2. Änderung, hielt in Ziffer 2 der Begründung fest, dass ermöglicht werden sollte, in der Nähe des Ortszentrums seniorenrechtlichen Wohnraum zu schaffen, weil im Zuge des demografischen Wandels die Zielgruppe älterer Menschen zunehmend Wohnmodelle nachfragt, die durch die bislang übliche Ausrichtung des Immobilien- und Grundstücksangebots nicht abgedeckt sind. Wegen der Nähe zum Ortszentrum und der Anbindung an die Erholungsräume bietet sich die Lage im Malerviertel hierzu besonders an. Angestrebt wurde die Möglichkeit, vorwiegend kleinere eingeschossige, barrierefreie Einfamilienhäuser (Seniorenbungalows) mit eigenen kleinen Gärten zu schaffen,

die eine Selbstbestimmung im Alter weiterhin ermöglichen. Zwar hat sich der Plan-geber bei dieser Änderung des Bebauungsplans noch an der GRZ-Obergrenze des § 17 Abs. 1 BauNVO für allgemeine Wohngebiete orientiert, dabei aber den beson-deren Bedürfnissen der Senioren hinsichtlich der Befestigung der Zuwegungen zu Garagen und den Häusern sowie der Terrassen nicht Rechnung getragen, was sich im Wesentlichen auf die sog. GRZ II auswirkt.

Bei der Realisierung der ursprünglichen städtebaulichen Planung wurden Wege, Zufahrten und Terrassen nicht – wie zunächst geplant – in wassergebundener We-gedecke oder als Holzdeck hergestellt. Vielmehr wurde eine Pflasterung vorgenom-men, um eine seniorengerechte Zuwegung bei allen Witterungsverhältnissen si-cherstellen zu können. Dieser Untergrund ist gerade für Senioren, die häufig nicht mehr sicher zu Fuß sind und ggf. sogar auf die Benutzung eines Rollators oder gar Rollstuhls angewiesen sind, komfortabel und sicher nutzbar. Er eignet sich somit besser als ein Untergrund etwa mit Rasengittersteinen, Holzbelag oder ähnlichem und ist deshalb vorzugswürdig. Daher ist es konsequent, solche Versiegelungen vorzunehmen, um die Sicherheit der Benutzung für die Zielgruppe zu gewährleis-ten. Außerdem sollen einerseits die Grundstücke nicht zu groß sein, weil Senioren mit der Zeit nicht mehr in der Lage sind, größere Gartenflächen zu bearbeiten und zu unterhalten. Andererseits sollen aber hinreichende Terrassenflächen für den Aufenthalt an der frischen Luft den Wohnkomfort erhöhen. Daher verändert sich bei Verfolgung dieser Ziele das Verhältnis von Grundstücksgröße und versiegelter Fläche. Dies führt zu einer Überschreitung etwa der Obergrenzen für die Grundflä-chenzahl, wie sie in § 17 Abs. 1 BauNVO geregelt sind. Soll also ein Wohnquartier besonders seniorengerecht gestaltet werden, wird insofern ein besonderes städte-bauliches Ziel verfolgt. Daher liegt es nahe und erscheint als sachgerecht, aus den vorgenannten Gründen eine bessere seniorengerechte und sicherere Nutzung auf dem Grundstück zu gewährleisten. Dies betrifft insbesondere auch Zuwegungen und Terrassen. Insoweit werden mit der Erhöhung der Grundflächenzahl im fragli-chen Bereich also nachvollziehbare städtebauliche Gründe verfolgt.

Die Festsetzung der Grundflächenzahl von 0,6 gegenüber der vorherigen von 0,4 ist zweifellos eine nicht unerhebliche Erhöhung um 50 %, die aber zur Erreichung der vorstehend geschilderten Zwecke erforderlich ist. Andererseits kann gem. § 17 Abs. 1 BauNVO eine Grundflächenzahl von 0,6 auch festgesetzt werden in Gebieten, in denen Wohngebäude allgemein zulässig sind. Dies betrifft etwa besondere Wohngebiete, Dorfgebiete, Mischgebiete und urbane Gebiete.

Bedingung für die Überschreitung der Obergrenzen gem. § 17 Abs. 1 BauNVO ist gem. § 17 Abs. 2 Satz 1 BauNVO, dass diese durch bestimmte Umstände ausge-glichen ist oder durch Maßnahmen ausgeglichen wird. Durch diese muss sicherge-stellt sein, dass die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeits-verhältnisse nicht beeinträchtigt werden. Zudem müssen nachteilige Auswirkun-gen auf die Umwelt vermieden werden.

Bereits vorhandene ausgleichende Umstände für die im räumlichen Geltungsbe-reich der Änderung des Bebauungsplans bestehende bauliche Verdichtung sind da-rin zu sehen, dass in der nahen Umgebung der Außenbereich beginnt. Dieser liegt ca. 450 m nordwestlich bzw. 200 m westlich. Dort befinden sich ausgedehnte

landwirtschaftlich genutzte Flächen, die das Malerviertel in ein ländliches Ambiente einbetten. Dadurch wird die infolge der Verdichtung auf den Baugrundstücken möglicherweise gegebene Einschränkung der Bodenbelüftung sowie der Bodenfauna und -flora weitgehend ausgeglichen. Zwar ist auf den Baugrundstücken selbst die Versickerung des Oberflächenwassers nur eingeschränkt möglich. Jedoch kann wegen der in der Nähe vorhandenen großen Freiflächen von einer Beeinträchtigung des Grundwasserreservoirs keine Rede sein. Ohnehin ist bei einer Erhöhung der Grundflächenzahl nur selten und teilweise von zu berücksichtigenden und ausgleichsfähigen Auswirkungen auszugehen. Diese sind hier aufgrund der Lage der Grundstücke in der Nähe zum Außenbereich auch nicht gegeben. Hinzu kommt, dass in zahlreichen anderen Baugebieten, in denen Wohnen allgemein zulässig ist bzw. nach Maßgabe planerischer Festsetzung sein kann, eine Grundflächenzahl von bis zu 1,0 möglich ist. Diese wird als dem Wohnen nicht abträglich angesehen, sodass hier – auch wenn es sich um ein allgemeines Wohngebiet handelt – insoweit nicht anderes gelten kann.

Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass die nach den derzeit rechtskräftigen Festsetzungen in der 2. und 3. Änderung des Bebauungsplans Elm-110 „Malerviertel“ zulässige Geschossflächenzahl von 1,2 bei Weitem nicht ausgenutzt wird. Die Geschossflächenzahl der vorhandenen Bebauung liegt nur bei rund 0,37 bis 0,40 und gleicht insoweit die Überschreitung der Grundflächenzahl gewissermaßen aus. Insgesamt resultiert hieraus somit keine übermäßige bauliche Nutzung.

Es ist auch nicht ersichtlich, dass es infolge der derzeit vorhandenen und zum Erhalt vorgesehenen Bebauung mit ihrer Dichte zu einer Beeinträchtigung von Umweltbelangen kommen könnte. Noch weniger könnten gar ungesunde Wohnverhältnisse entstehen.

Auch eine Beeinträchtigung des Kleinklimas ist nicht zu befürchten. Wegen des nahen Außenbereichs ist insbesondere die Frischluftzufuhr in höherem und besserem Maß gewährleistet als etwa in Innenstadtbereichen. Allein dadurch kann die vorgesehene Verdichtung und Erhöhung der Grundflächenzahl bereits aufgrund der Lage der Bebauung als hinreichend ausgeglichen angesehen werden. Somit bedarf es keiner zusätzlichen diesbezüglichen Maßnahmen.

Die Anforderungen an die gesunden Wohnverhältnisse umfassen mehrere Aspekte. Sie beziehen sich insbesondere auf die Belichtung, Besonnung und Belüftung von Wohnungen, auf die bauliche Beschaffenheit von Gebäuden und Wohnungen sowie auf die Zugänglichkeit der Grundstücke. Dabei sind soziale, hygienische, wirtschaftliche und kulturelle Erfordernisse zu berücksichtigen. Es ist hier in keiner Weise ersichtlich, dass derartige Belange beeinträchtigt würden. Insgesamt tragen auch die aufgelockerten Grundstücksverhältnisse im übrigen Quartier des Malerviertels, das durch überwiegend freistehende Eigenheime und großzügige Gärten geprägt ist, dazu bei, dass Umweltbelange nicht beeinträchtigt werden.

Maßgeblich für die Prüfung, ob gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse beeinträchtigt werden, sind Anhaltspunkte dafür, dass unter gesundheitlichen Aspekten die Grenze zum städtebaulichen Missstand erreicht oder gar überschritten sein könnte. Hier liegen keinerlei Indizien dafür vor, dass durch den vorhandenen höheren Ver-

dichtungsgrad eine Entwicklung zu städtebaulichen Missständen auch nur eingeleitet würde. Daher kann auch von einer Beeinträchtigung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse keine Rede sein.

Insgesamt ist die Erhöhung der Grundflächenzahl auf 0,6 gegenüber der derzeit rechtskräftigen Festsetzung in der 2. und 3. Änderung des Bebauungsplans Elm-110 „Malerviertel“ als gerechtfertigt und zulässig zu betrachten. Daran ändert sich auch nichts dadurch, dass gem. § 19 Abs. 4 Satz 2 BauNVO eine weitere Überschreitung bis auf 0,8 zulässig ist. Dies gilt im vorliegenden Fall für Garagen und Stellplätze mit ihren Zufahrten sowie Nebenanlagen. Die Grenze von 0,8 wird mit den sich durch die vorhandene Bebauung ergebenden Werten zwischen rund 0,69 und 0,77 unterschritten. Auch bezüglich der Überschreitung der Grundflächenzahl bis auf 0,8 durch die genannten baulichen Anlagen gilt, dass diese auch in anderen dem Wohnen dienenden Baugebieten ausdrücklich so vorgesehen ist (s. o.). Demnach führt sie offensichtlich weder zu einer Beeinträchtigung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse noch der Umwelt.

7.2 Überbaubare Grundstücksflächen

Für erdgeschossige Wintergärten und Terrassenüberdachungen wird festgesetzt, dass sie die auf den Grundstücken festgesetzten Baugrenzen einseitig um max. 3,0 m überschreiten dürfen. Hierzu wird ergänzend festgesetzt, dass dabei ein Abstand von mind. 3,0 m zur öffentlichen Verkehrsfläche einzuhalten ist. Dies entspricht weitgehend der derzeit rechtskräftigen Festsetzung in der 2. und 3. Änderung des Bebauungsplans Elm-110 „Malerviertel“. Damit wird eine flexible Grundstücksausnutzung durch die Bewohner ermöglicht. Die Einschränkungen stellen sicher, dass nachbarliche Belange gewahrt bleiben und Beeinträchtigungen vermieden werden. Im Vergleich zur 2. und 3. Änderung des Bebauungsplans Elm-110 „Malerviertel“ wird eine zulässige Überschreitung von max. 3,0 statt 2,0 m festgesetzt. Damit wird, analog zur größeren Grundflächenzahl (s. Kap. 8.2.), dem Umstand Rechnung getragen, dass die senioren gerechte Bebauung zwecks Barrierefreiheit auf eine intensive ebenerdige Grundstücksausnutzung angewiesen ist. Dies betrifft sowohl die Wohnfläche als auch die Außenwohnbereiche, die aufgrund der Festsetzung flexibel angeordnet werden können.

8 Kennzeichnung

8.1 Fläche, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen erforderlich sind

Humose Böden

Die Bodenkarte des Landes Nordrhein-Westfalen Blatt L4902 weist für das gesamte Plangebiet Böden aus, die humoses Bodenmaterial enthalten.

Das gesamte Plangebiet ist daher wegen der Baugrundverhältnisse gemäß § 9 Abs. 5 Nr. 1 BauGB als Fläche gekennzeichnet, bei deren Bebauung ggf. besondere bauliche Maßnahmen, insbesondere im Gründungsbereich, erforderlich sind.

Hier sind die Bauvorschriften des Eurocode 7 „Geotechnik“ DIN EN 1997-1 mit nationalem Anhang, die Normblätter der DIN 1054 „Baugrund - Sicherheitsnachweise im Erd- und Grundbau - Ergänzende Regelungen“, und der DIN 18 196 „Erd- und Grundbau; Bodenklassifikation für bautechnische Zwecke“ mit der Tabelle 4, die organische und organogene Böden als Baugrund ungeeignet einstuft, sowie die Bestimmungen der Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen zu beachten.

8.2 Flächen, unter denen der Bergbau umgeht

Das Plangebiet liegt über dem auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld Sophia Jacoba B.

9 Belange der Umweltschutzgüter

Aufgrund der Durchführung des Verfahrens zur Änderung des Bebauungsplans gem. § 13a BauGB sind gem. § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB eine Umweltprüfung gem. § 2 Abs. 4 BauGB und die Erstellung eines Umweltberichts zum Bebauungsplan gem. § 2a BauGB nicht erforderlich.

Die ökologische Eingriffsregelung kommt nicht zur Anwendung. Gemäß § 13a Abs. Nr. 4 BauGB gelten Eingriffe, die aufgrund der Aufstellung eines im beschleunigten Verfahren aufgestellten Bebauungsplanes zu erwarten sind, als im Sinne des § 1a Abs. 3 Satz 6 BauGB vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig. Demnach ist ein Ausgleich nicht erforderlich.

Hinsichtlich weiterer Belange der Umweltschutzgüter wird auf die Ausführungen in Kap. 6 und 7 verwiesen.

10 Verweis auf die 2. und 3. Änderung des Bebauungsplans Elm-110 „Malerviertel“

Auf Grundlage der textlichen Festsetzungen der vorliegenden 4. Änderung des Bebauungsplans Elm-110 „Malerviertel“ treten die in den Bebauungsplänen

- 2. Änderung des Bebauungsplans Elm-110 „Malerviertel“ und
- 3. Änderung des Bebauungsplans Elm-110 „Malerviertel“,

getroffenen Festsetzungen zur Grundflächenzahl und zum Maß der Überschreitung der überbaubaren Grundstücksfläche für Wintergärten und Terrassenüberdachungen außer Kraft. Sie werden vollständig durch die neuen Festsetzungen nach I.1 ersetzt.

Die übrigen Festsetzungen und Hinweise in den Bebauungsplänen

- 2. Änderung des Bebauungsplans Elm-110 „Malerviertel“ und
- 3. Änderung des Bebauungsplans Elm-110 „Malerviertel“,

die nicht Gegenstand des Verfahrens zur 4. Änderung des Bebauungsplans Elm-110 „Malerviertel“ sind, behalten weiterhin Rechtskraft.

11 Sonstige Hinweise

11.1 Erdbebenzone

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes befindet sich in der Erdbebenzone 1 sowie der Untergrundklasse S gemäß der Karte der Erdbebenzone und geologischen Untergrundklassen der Bundesrepublik Deutschland im Maßstab 1:350.000, Bundesland Nordrhein-Westfalen (Juni 2006), Karte zu DIN 4149, Fassung April 2005.

Im Hinblick auf die weitere Planung, insbesondere die Statik der Gebäude, wird auf die DIN 4149 „Bauten in deutschen Erdbebengebieten – Lastannahmen, Bemessung und Ausführung“ des Deutschen Instituts für Normung e. V., Berlin (Hrsg.) verwiesen. Die DIN 4149 ist in der „Liste der Technischen Baubestimmungen (Anlage zum RdErl. d. MBV v. 08.11.2006) gelistet und damit allgemein eingeführt.

Anwendungsteile, die nicht durch DIN 4149 abgedeckt werden, sind als Stand der Technik zu berücksichtigen. Dies betrifft hier insbesondere DIN EN 1998, Teil 5 „Gründungen, Stützbauwerke und geotechnische Aspekte“.

Darauf wird im Bebauungsplan hingewiesen.

11.2 Einsehbarkeit von Vorschriften

Normen und sonstige technische Regelwerke, auf die in der Änderung des Bebauungsplans Bezug genommen wird, können während der allgemeinen Öffnungszeiten bei der Gemeindeverwaltung Niederkrüchten, Rathaus Elmpt, Laurentiusstraße 19, 41372 Niederkrüchten, eingesehen werden. Dies ist als Hinweis in der Änderung des Bebauungsplans vermerkt.

11.3 Artenschutz

Die Baufeldräumung darf gem. § 39 BNatSchG nur außerhalb der Schonzeit vom 01. Oktober bis zum 28./29. Februar eines jeden Jahres erfolgen. Dies ist als Hinweis in der Änderung des Bebauungsplans vermerkt.

Essen, den 16.08.2022